



Der alternative Blick

Ausgabe 2 | Dezember 2023



Essen, 3. November 2023

Foto: picture-alliance / Anadolu / Hesham Ahmed / Jussim Elsharif



Dschihad in Deutschland

Liebe Leser,

„zuerst schneiden wir den Juden die Kehle durch, dann den Schwulen und zum Schluss den Christen!“ Das sagen hier und heute arabische Jugendliche – und sie haben nicht die geringsten Hemmungen, dies in aller Öffentlichkeit an unseren Schulen kundzutun. Ein Lehrer sagt: „Wir stehen vor einer Kastastrophe!“ Islamisten demonstrieren auf deutschen Straßen und skandieren im Schulterschluss mit den Terroristen der Hamas: „Das Kalifat ist die Lösung!“ Unterdessen lobt das deutsche Staatsoberhaupt, dass der „Islam in Deutschland angekommen“ sei.

Der Dschihad, der „Kampf auf dem Weg Gottes“, ist eine Pflicht für jeden Moslem: Das islamische Territorium soll

erweitert werden, bis der Islam die beherrschende Religion ist. Diesem Expansionsdruck beugen sich manche sogar vorausgehend: Um islamischem Unmut zuvorzukommen wird Weihnachten zum „Winterfest“ umbenannt, Weihnachtsbäume nicht mehr aufgestellt. Die EU-Kommission empfiehlt gar ihren Beamten, auf „diskriminierende“ Worte wie Weihnachten, Josef und Maria zu verzichten.

Wir müssen also bereits heute in unserem eigenen Land unsere Kultur gegen den islamischen Dschihad verteidigen. Dafür kämpfen wir.

Es grüßt Sie herzlich Ihr

Rainer Balzer

Der importierte Dschihad-Terror

Keine Einwanderung aus dem Gazastreifen!

Der Dschihad stellt „eines der Grundgebote des islamischen Glaubens und eine allen Moslems auferlegte Pflicht als ein wichtiges Glaubensprinzip des Islam dar“, ist auf Wikipedia zu lesen. Das aggressive Einfordern islamischer Regeln und islamistische Terroranschläge sind also nicht eine „Radikalisierung“, sondern integrale Bestandteile des kulturellen Gepäcks der Einwanderer.

„... werde ich euch in eurem eigenen Haus abschlachten.“

Mit den offenen Grenzen sind auch dschihadistische Islamisten nach Deutschland eingewandert. Der Verfassungsschutz zählt zurzeit 27.500 Personen „mit Islamismuspotenzial“. Die Verhinderung islamistischer Anschläge stelle eine „besondere Herausforderung“ dar, weil es sich um unorganisierte Einzeltäter handele. Diese Aussage verdeutlicht das Politik- und Behördenversagen.

2015 kommt Muhammad Riyad als minderjähriger Flüchtling ohne Dokumente nach Deutschland. Trotz Sicherheitsbedenken und gefälschter Identität erhält er eine Aufenthaltsgenehmigung. Im Juli 2016 hackt er in einem Zug mit einer Axt auf eine Touristenfamilie und eine Passantin ein und ruft „Allahu akbar“. In einem Video sagt er: „Ich bin ein Soldat des Islamischen Staates. So Gott will, werdet ihr in jeder Straße, in jedem Dorf, in jeder Stadt und auf jedem Flughafen angegriffen. Und so Gott will, werde ich euch in eurem eigenen Haus abschlachten“.

2014 kam Mohammed Daleel aus Syrien nach Deutschland. Sein Asylantrag wurde abgelehnt. Als er abgeschoben werden sollte, ritzte er sich in den Arm und wurde in einer Psychiatrie untergebracht. Ein Bundestagsabgeordneter der „Linken“ setzte sich für eine Aussetzung der Abschiebung ein; schließlich erhielt Daleel eine einstweilige Duldung. Am 24. Juli 2016 zündete er in der Altstadt von Ansbach eine Rucksackbombe. 15 Menschen wurden verletzt, vier davon schwer.

Anis Amri reiste 2015 völlig unbehelligt nach Deutschland ein, obwohl er in Italien eine mehrjährige Haftstrafe wegen schwerer Straftaten verbüßt hatte. Er beantragt unter mehreren Identitäten Asyl in Deutschland. Die Generalstaatsanwaltschaft in Berlin ermittelt gegen ihn wegen des Verdachts der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat. Er wird bei einer Polizeikontrolle sogar festgenommen – und gleich darauf wieder freigelassen. Sein Asylantrag wird abgelehnt, er wird aber nicht abgeschoben. So kann er völlig ungehindert am 19. Dezember 2016 den Anschlag am Breitscheidplatz ausführen. 12 Menschen werden getötet, 61 verletzt.

Abdullah Al Haj Hasan reist 2015 via Balkanroute nach Deutschland ein. Er lebt mit Duldung in einem Asylheim in Dresden. 2017 wird er als islamistischer Gefährder eingestuft, 2018 wegen schwerer Straftaten zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Fünf Tage nach seiner Entlassung sticht er in der Dresdner Altstadt äußerst brutal zwei Männer nieder. Sein Ziel: Ungläubige und Homosexuelle zu töten.

Abdulahman A. kam 2014 nach Deutschland und wurde als Flüchtling anerkannt. Im November 2021 stach er in einem ICE nach Nürnberg mit einem Messer auf vier Männer ein. Drei wurden lebensgefährlich verletzt. Mit dieser Tat wollte er einen „Beitrag“ zum Dschihad leisten und die „offene Gesellschaft“ angreifen.

Elf islamistische Attentate wurden seit 2011 in Deutschland verübt, wesentlich mehr im Vorfeld verhindert. Das BKA verzeichnet seit 2015 mehrere tausend islamistische Straftaten, darunter 15 Morde und 100 Körperverletzungen. 487 islamistische Gefährder halten sich in Deutschland auf, denen Terroranschläge zugetraut werden.

Dieser Gefährdung muss mit allen Mitteln begegnet werden. **Wir fordern eine Null-Einreise von Personen aus dem arabischen Raum.** Bereits Verdachtsfälle müssen inhaftiert und abgeschoben werden, Straftäter nach Haftverbüßung unmittelbar das Land verlassen. Oberste Priorität muss die Sicherheit der einheimischen Bevölkerung haben. ●





Der Geburten-Dschihad gegen den Westen

Der Untergang Deutschlands

Schon 1974 prophezeite der damalige algerische Staatspräsident Boumedienne in einer Rede vor der UNO-Generalversammlung: „Eines Tages werden Millionen Männer die südlichen Breitengrade verlassen, um sich in den nördlichen Breitengraden niederzulassen, und sie kommen nicht als Freunde hierher, denn sie ziehen aus, um zu kämpfen und zu siegen, und sie werden durch ihre Söhne siegen, die Gebärmütter unserer Frauen werden uns den Sieg bringen.“

Erdogan forderte die in Deutschland lebenden Türken 2017 auf: „Macht nicht drei, sondern fünf Kinder, denn ihr seid die Zukunft Europas!“ Salafisten rufen heute in Deutschland ihre Glaubensgenossen dazu auf, mehrere Frauen zu heiraten, um mehr Nachwuchs für den Dschihad zu zeugen: „Hilf auch Du, die Ummah zu vergrößern“. Jede Frau habe die Pflicht, mindestens fünf Kinder zu gebären.

Dieser demografische Dschihad mit Ansage läuft auf Hochtouren. Die Geburtenrate in moslemischen Familien in Deutschland liegt bei 3,1 Kinder pro Frau, die der deutschen Familien bei weniger als der Hälfte. Dass die Geburtenraten zurzeit leicht steigen, liegt fast nur an den ausländischen Frauen, hier wieder in der Mehrzahl Mosleminnen. Daniel Thym vom „Sachverständigenrat Migration“ konstatiert daher: „Selbst wenn wir jetzt eine Nullzuwanderung hätten, würde der Migrationsanteil zunehmen.“

„Die Gebärmütter unserer Frauen werden uns den Sieg bringen.“

Statt Nullzuwanderung haben wir jedoch seit 2015 eine Explosion von Zuwanderung. Vor allem zu Lasten der jungen Generation: Liegt der Anteil der Migranten bei den 65-Jährigen bei (nur) 16 Prozent, so liegt er bei den unter 5-Jährigen bei 41 Prozent. Veranschlagt man die unterschiedlichen Geburtenraten, so ist ersichtlich, dass die Deutschen in absehbarer Zeit zur Minderheit im eigenen Land werden. Sarrazin spricht von der „dem Islam innewohnenden demografischen Sprengkraft“. Über ein Viertel der Neugeborenen in Deutschland werden von Müttern ohne deutschen Pass geboren, in Bremen sind es über 40 Prozent. Die Mütter mit deutschem Pass dürften zu mindestens einem Viertel einen Migrationshintergrund haben.

Es ist daher keine Frage ob, sondern wann der Dschihad in Deutschland gewonnen haben wird und unser Staatswesen untergeht.

Politisches Handeln ist gefragt. Wir fordern einen sofortigen Stopp jeglicher Zuwanderung aus islamischen Ländern sowie eine umfassende Remigration aller Einwanderer einschließlich ihrer Kinder, die derzeit als Kriegsflüchtlinge in Deutschland leben. **Wir brauchen eine Rückabwicklung der islamischen Masseneinwanderung, wenn wir unseren Kindern eine Zukunft in unserem Land mit einem Leben in Humanismus, Rechtsstaatlichkeit und Gleichberechtigung sichern wollen.**

Das wird es nur mit der AfD geben. ●

Eine kleine Geschichte des heiligen Landes

Seit über 3.000 Jahren siedeln Israeliten in Kanaan

Archäologen und Historiker datieren die Besiedelung von Kanaan durch die Israeliten in das 12. Jahrhundert vor Christus. Somit reicht die Anwesenheit von Juden im Heiligen Land bereits weit über 3.000 Jahre zurück.

Unter dem römischen Kaiser Hadrian wurde aus Judäa die historische Provinz Palästina. Etwa zur selben Zeit wurden die Philister vom jüdischen Historiker Flavius Josephus zum ersten Mal als Palästinenser bezeichnet.

Diese haben jedoch nicht das Geringste mit den lokalen Arabern zu tun, die man heute „Palästinenser“ nennt. Auch einen Staat Palästina hat es zu keinem Zeitpunkt der Historie gegeben.

Überhaupt tauchte der Islam erst im 7. Jahrhundert nach Christus auf.

Im Zuge seiner gewaltsamen Landnahme setzte sich der Islam auch im Heiligen Land fest. Die Eroberung des Heiligen Grabes Jesu in Jerusalem durch die Moslems löste die mittelalterlichen Kreuzzüge aus. Ihre Mission war von Erfolg gekrönt: Jerusalem wurde 1099 von islamischer Herrschaft erlöst.

Von 1516 bis 1917 gebot das Osmanische Reich über die Region. Als Folge des Ersten Weltkriegs ging das Reich der Osmanen unter; das Heilige Land wurde von Großbritannien besetzt und 1922 vom Völkerbund zum britischen Mandatsgebiet erklärt.

In den Folgejahren verstärkt sich der Strom jüdischer Einwanderer und nimmt insbesondere als Ergebnis der NS-Herrschaft in Deutschland zu. Es kommt zu Unruhen und Auseinandersetzungen zwischen Arabern und Juden, sodass die UNO schließlich 1947 einen Teilungsplan beschließt. Das britische Mandat in der Region Palästina soll durch die Errichtung eines jüdischen und eines arabischen Staates abgelöst werden.

Am 14. Mai 1948 konstituiert sich unter David Ben-Gurion der Staat Israel. Noch in derselben Nacht greifen Ägypten, Syrien, Libanon, Jordanien und der Irak den neugegründeten Staat der Juden mit dem Ziel an, ihn zu vernichten, da sie den Teilungsplan der UNO von Anfang an nicht akzeptieren. Dieser erste jüdisch-arabische Krieg endet mit einer vollständigen Niederlage der arabischen Angreifer und der Flucht und Vertreibung vieler Araber aus dem neuen Staat in die umliegenden arabischen Nachbarländer.

Es folgten eine Reihe weiterer israelisch-arabischer Kriege, von denen der Sechstagekrieg von 1967 und der Jom-Kippur-Krieg 1973 die bedeutendsten sind und die allesamt mit dem Sieg Israels endeten.

Unter Vermittlung der USA schließt Ägypten 1978 mit Israel einen Separatfrieden und erkannte als erstes arabisches Land den Staat Israel an. Im Gegenzug gibt Israel auf der Grundlage des Camp-David-Abkommens und des israelisch-ägyptischen Friedensvertrages die im Sechstagekrieg eroberte Halbinsel Sinai an Ägypten zurück.

Der Osloer Friedensprozess ab 1993 bringt die gegenseitige Anerkennung Israels und der Verwaltung der lokalen Araber, die sich unter ihrem Führer Jassir Arafat seit den 1960/70er Jahren als Palästinenser bezeichnen.

Das ist auch der heutige Stand. ●

Einen Staat Palästina hat es nie gegeben

Die Wendegurke des Monats

Jens Spahn verbreitet auf seiner Webseite die gängigen verlogenen Worthülsen über die Masseneinwanderung: Einer „vielfältigen Nation“ gehe es „nicht um Ethnien oder Religion“, sondern ums „gemeinsame Anpacken“. Doch neuerdings geht es ihm sehr wohl um Religion: Zuwanderer aus dem „islamisch geprägten Kulturraum“ brächten Juden- und Schwulenhass mit. Eine Migrationswende inklusive Zurückweisungen mit Gewalt seien nötig, andernfalls drohe ein Kipppunkt.

Zu dieser Erkenntnis hätte er in seiner Zeit als Bundesminister gelangen müssen. **Wer zu spät kommt, wenn er nicht mehr in Verantwortung steht, den bestraft das Leben.**



Superbass / wikipedia / G. G. 91-SA-4.0

HERKUNFT SPIELT EINE ROLLE



V.i.S.d.P.: Sven Geschinski
Im Landtag: Konrad-Adenauer-Str. 3
70130 Stuttgart, 0711 2063 5612
rainer.balzer@afd.landtag-bw.de

